

Ich möchte Ihnen von den Reaktionen auf unsere Briefe über die Unterrichtsversorgung berichten.

Eine schriftliche Antwort haben wir nur von MP Roland Koch und Priska Hinz, der bildungspolitischen Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion, erhalten. Ein Antwortschreiben von Gerhard Bökel wurde mir gestern angekündigt, unser Brief habe ihn erst verspätet und nicht per Post erreicht.

Frau Hinz unterstützt unsere 4 Forderungen uneingeschränkt, u.a. verweist sie darauf, dass es in Hessen zu große Klassen gibt, etwa 900 Klassen mit über 30 Schülern und über 100 Klassen mit mehr als 34 Schülern.

Herr Koch dankt uns ausdrücklich für unser Engagement und erklärt seine volle Unterstützung für unsere Forderungen nach voller Unterrichtsabdeckung und der Erhöhung der Unterrichtsqualität.

Er spricht von einer Unterrichtsabdeckung von 99,7%, ich werde darauf zurückkommen.

Zitate aus dem Brief von Herrn Koch:

„Das Kultusministerium ist entsprechend Ihrer Bitte intensiv bemüht, die gehäufte Zahl von Vertretungsverträgen zu klären und hier Unsicherheiten zu beseitigen. Die verantwortlichen Abteilungsleiter des Ministeriums werden mit dem Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt dazu in dieser Woche ein Gespräch führen.“

In Konsequenz wird das Ministerium mit dem Schulamt in der kommenden Woche die Leiterinnen und Leiter der Frankfurter Gymnasien zu einer außerordentlichen Dienstversammlung einladen. Sobald eine abschließende Auswertung dieser Sitzung erfolgt ist, werden Sie über das weitere Vorgehen und die angedachte Problemlösung informiert.“

Die Schulleiter der Frankfurter Gymnasien wurden tatsächlich am letzten Dienstag zu einer Dienstversammlung gerufen, bei der erwartungsgemäß festgestellt wurde, was in den Schulen, im staatlichen Schulamt und auch im Kultusministerium längst bekannt ist: Es gibt in Frankfurt viel zu viele Vertretungsverträge. In den Frankfurter Gymnasien wird 10% des Unterrichts durch ca. 110 Vertretungslehrer abgedeckt, in den anderen Schulformen sind es nur unwesentlich weniger.

Viele dieser Vertretungsverträge heißen nur so, sie sind eigentlich keine.

Vertretungsverträge sind für uns nämlich nur bei plötzlichen Erkrankungen von Lehrkräften verständlich, nicht aber bei Pensionierungen, langfristigen Abordnungen (Uni, Kultusministerium, Lehrerfortbildung etc.) und langfristigen Erkrankungen.

In letzter Zeit werden die Begründungen immer unverständlicher und die Zahl der Vertretungslehrer nimmt weiter zu: Pensionierungen werden z.B. grundsätzlich nicht mehr durch feste Lehrerstellen ersetzt, da Frankfurt angeblich zu viele Lehrer hat.

Das führt zu Zuständen wie an der Liebigsschule: Wir haben nur noch EINEN festangestellten Musiklehrer für 1000 SchülerInnen, der nebenbei noch den musikalischen Schwerpunkt unserer Schule abdecken soll: Schulorchester, Kammermusik, Bigband, Popchor, Chor der 5. und 6. Klassen und das Wahlpflichtfach Musik.

Man könnte noch viele ähnliche Beispiele anführen, die Elisabethenschule hat allein 15 Vertretungslehrer.

Eines ist klar, durch diesen **Unsinn** der halbjährlich befristeten Vertretungsverträge leidet die Qualität von Schule. Es gibt zu viele unzeitgemäße Lehrerwechsel, gerade in Mangelfächern entscheidet sich ein junger Lehrer natürlich eher für eine feste Stelle außerhalb Frankfurts als für die Ungewissheit eines Vertretungsvertrages.

Es ist keinem Menschen zuzumuten, von Halbjahr zu Halbjahr bei unbezahlten Ferien um seine Weiterbeschäftigung zu bangen. Der Staat ist der einzige nennenswerte Arbeitgeber von Lehrern, deshalb grenzen diese Verträge an eine soziale Ausbeutung von Abhängigen.

Schüler benötigen Kontinuität, feste Bezüge zu Lehrern damit ein lernfreundliches Klima entstehen kann und der Lehrer aufgrund seiner Kenntnis von Stärken und Schwächen eine individuelle Förderung von Schülern vornehmen kann.

Herr Koch, wir fordern Sie auf:

- Beenden Sie diesen Unsinn mit den Vertretungsverträgen zügig.
- Geben Sie den Vertretungslehrern feste Stellen.
- Schaffen Sie zur Abdeckung von kurzfristigen Vertretungen eine Vertretungsreserve mit festen Stellen.
- Besorgte Eltern befürchten, dass nach den Landtagswahlen viele Vertretungsverträge schlicht gestrichen, weil nicht verlängert werden. Erklären Sie, dass dies nach Ihrer Wiederwahl nicht der Fall sein würde.

Ich komme jetzt zur Unterrichtsabdeckung.

Herr Koch, Sie sprechen von einer Unterrichtsabdeckung von 99,7%. Dies ist FALSCH.

Sie meinen eine Abdeckung der „Stundentafel“, d.h. es wird kein Unterrichtsfach aus dem Jahresplan einer Klasse gestrichen. Ich erkenne an, dass Ihre Regierung hierbei zielgerichtet gehandelt hat.

Man muss aber auch anmerken, dass dies um den Preis von größeren Klassen erkaufte wurde: 30 bis 33 Kinder sind längst nicht mehr die Ausnahme, diese Anzahl von Schülern einer Klasse wird vom Kultusministerium angestrebt. Wir alle wissen um die Nachteile:

- Es bleibt zu wenig Zeit für den einzelnen Schüler.
- In einer Klasse mit 32 und mehr Schülern kann der Lehrer den vielschichtigen Problemen einer Großstadt wie Frankfurt nicht gerecht werden.
- In zu engen Klassenräumen fehlt Schülern Bewegungsfreiheit und Sauerstoff. Moderne Unterrichtsmethoden (Gruppenarbeit, Stationenlernen u.ä.) sind dadurch sehr erschwert.

Zum Unterrichtsausfall: Von einem Stundenplanmacher habe ich gehört, dass ein Wert von 5% ein guter Wert ist. 5 bis 10% Unterrichtsausfall in einer Klasse stellt keine Seltenheit dar und in einzelnen Fällen haben Klassen über Wochen hinweg einen Unterrichtsausfall von über 20%.

Genauere Werte stehen mir nicht zur Verfügung, sie werden offenbar auch nicht erhoben. Passiert dies nicht um die Mängel zu verbergen?

Um Unterrichtsausfall deutlich zu reduzieren, fordern wir eine zusätzliche 10% ige Vertretungsreserve von festgestellten Lehrern.

Zum Abschluß möchte ich auf einen besonderen Aspekt unserer Aktionen hinweisen: Das gemeinsame Vorgehen der Eltern vieler Frankfurter Schulen.

Normalerweise konkurrieren Schulen untereinander um die Gunst von Eltern und Schülern. Man grenzt sich voneinander ab und spricht in der Öffentlichkeit nicht schlecht von der eigenen Schule um dem Image nicht zu schaden.

Wir haben als Elternbeiräte beschlossen, diesen Kreislauf zu durchbrechen und in der Öffentlichkeit gemeinsam für bessere Bedingungen an Schulen zu kämpfen.

Wir setzen auf einen konstruktiven Dialog mit der Politik und werden von berechtigten Forderungen nicht abweichen.

Wir wollen gemeinsam weitermachen und uns u.a. folgenden Fragen zuwenden:

- Was können unsere Schulen voneinander lernen, was läuft gut, was läuft schlecht?
- Was können wir von Modellschulen wie der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden auf unsere Schulen übertragen?
- Welche bürokratischen Regelungen und Erlasse gehören abgeschafft, weil sie einen sinnvollen Schulbetrieb nur behindern?
- Wie können wir unsere Kommunalpolitiker davon überzeugen, dass Kürzungen bei den Schulbudgets ein Sparen an der falschen Stelle darstellt?

Wir werden nicht locker lassen, im Interesse einer ordentlichen Ausbildung unserer Kinder.